

06.06.2012

Gegen die Zusammenlegung!

Mit Trillerpfeifen demonstrierten Eltern und Schüler gegen die geplante Auflösung der Klasse 1a. Foto: Dorit Lohrmann

Von Dorit Lohrmann

Dienstagmorgen, kurz vor Schulbeginn: Schrille Pfiffe aus Trillerpfeifen und lautes Tröten schallt durch die Wilhelm-Martin-Dienstbach-Straße. Dazu wird skandiert: "Wir wollen zusammenbleiben!" Sie machen ganz schön Krach, die Schüler der Klasse 1a der Astrid-Lindgren-Schule und deren Eltern, die zu dieser Demonstration aufgerufen haben.

Was sie zum öffentlichen Protest veranlasst hat, stellen sie plakativ auf Transparenten und Schildern zur Schau: Die Klasse 1a, die "Füchse", soll im kommenden Schuljahr aufgelöst, die 20 Kinder auf die drei Parallelklassen verteilt werden (wir berichteten). Und das stinkt den Eltern gewaltig. "Laut Schulgesetz sollen die erste und die zweite Klasse eine pädagogische Einheit bilden", zitiert Elternbeirätin Britta Sprenger Paragraf 17 des hessischen Schulgesetzes. "Das wird

hier überhaupt nicht berücksichtigt."

Rücksicht auf Emotionen

Angeblich beziehe sich eine solche Einheit lediglich auf didaktische und pädagogische Lerninhalte, kritisiert die Klassenbeirätin die Erläuterung, die sie von Schulleiterin Ulla Stadnik bekommen habe. "Aber auf die Emotionen, die bei unseren Kindern entstehen, muss doch dabei genauso Rücksicht genommen werden", fordert Sprenger. Ein Wechsel der Bezugsperson, an die sich die Kinder gerade erst gewöhnt hätten, und das Auseinanderreißen gewachsener Freundschaften seien pädagogisch sicherlich nicht angebracht.

"Stabilität und Kontinuität" wünscht sich Jörg Steinhaus, ein um seinen Sprössling besorgter Vater. Dazu bräuchte es 23 Unterrichtsstunden mehr, die das Kultusministerium aber nicht zu bezahlen bereit sei, rechnet er vor. "Deshalb wird eben zusammengelegt."

Aus maximal 25 Kindern dürfe eine Klasse bestehen, heißt es im Landesgesetz. Zum Schuljahresbeginn hatte es noch 78 Schulanfänger gegeben, deshalb konnte die Schule vier Klassen bilden. Durch Wegzüge sei die Schülerzahl dieses Jahrgangs inzwischen auf 73 gesunken. Die Schulverwaltung sieht deshalb die Aufteilung einer Klasse als unumgänglich an.

Doch was geschieht, wenn ein paar neue Schüler nach Usingen ziehen sollten? Sollen dann die Klassen überfüllt werden? Oder stehen dann eine erneute Aufteilung bevor? Die Eltern zeigen sich besorgt. Und sie sehen das Problem auch auf kommende Jahrgänge zurollen.

Lauter Gründe also, zur Tat zu schreiten, zur Demonstration vor den Toren der Astrid-Lindgren-Schule. Aufs Schulgelände durften sie allerdings nicht, das hatte ihnen die Schulleitung untersagt. Die lässt sich übrigens nicht aus der Ruhe bringen. Zwar hatte Schulleiterin Stadnik an diesem Morgen keine Zeit für ein Gespräch, übergab aber eine schriftliche Presseerklärung. Und die besagt, dass sämtliche Argumente aus dem gesamten Kollegium sehr sorgfältig abgewogen worden seien, bevor die Entscheidung auf die Klasse 1a fiel. Und dass die Lehrerinnen für die Kinder einen sehr guten Übergang in die anderen Lerngruppen vorbereiten würden.

Ein wenig Schützenhilfe bot Ellen Enslin (Bündnis 90/Grüne) den demonstrierenden Eltern an. Sie wolle sich bei der neuen Kultusministerin Nicola Beer (FDP) und politischen Kollegen ihrer und anderer Coleur für das Thema starkmachen.

 © 2012 Taunus Zeitung